

05.09.2022

Explodierende Energiekosten: Entlastungspaket nicht ausreichend Stahlindustrie fordert Preisdeckel für Gas und Strom

Das am Wochenende vom Koalitionsausschuss beschlossene Entlastungspaket gibt aus Sicht der Stahlindustrie keine ausreichenden Antworten, wie die massiven Auswirkungen der explodierenden Energiekosten am Industriestandort Deutschland bewältigt werden sollen.

„Die erheblich angestiegenen Erdgas- und Strompreise führen in der Stahlindustrie gegenüber dem Frühjahr letzten Jahres zu einer Steigerung der Energiekosten um auf das Jahr gerechnet mehr als 10 Milliarden Euro. Dies ist eine dramatische Belastung für die Stahlproduktion in Deutschland und bedroht ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit“, erklärt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. „Wir müssen verhindern, dass die akute und tiefgreifende Krise zu dauerhaften Schäden am industriellen Fundament der deutschen Wirtschaft führt. Das Entlastungspaket bleibt hier eine Antwort schuldig.“

Die Bundesregierung ist jetzt gefordert, auf EU-Ebene Initiativen zur Dämpfung des drastischen Strompreisanstiegs mit Nachdruck zu ergreifen, so die Wirtschaftsvereinigung. Die Stahlindustrie setzt dafür auch auf den Energieministerrat am 9. September. „Die Preisfindung an den Strommärkten muss jetzt so justiert werden, dass nicht einige wenige Gaskraftwerke das Preisniveau insgesamt explodieren lassen. Dies ist auch für die Entlastung der Industrie dringend erforderlich.“

Für die Diskussion zu Preisdämpfungsmodellen am Gasmarkt soll laut dem Koalitionsbeschluss zunächst eine Expertenkommission eingesetzt werden. „Eine Lösung für die Gaspreise ist schnell erforderlich und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden“, warnt Kerkhoff. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl spricht sich dafür aus, die Gaspreise für 80 Prozent des Verbrauchs auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu deckeln. Für den Rest würden die Preissignale des Marktes die erforderlichen Marktanreize zu einer Verbrauchsminderung setzen.

Ansprechpartner

Klaus Schmidtke | Pressesprecher | +49 (0) 30 23 25 546-15 | klaus.schmidtke@wvstahl.de

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 85.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de.

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

Fon +49 (0) 30 23 25 546-0
Mail presse@wvstahl.de

linked.in www.linkedin.in/company/wirtschaftsvereinigungstahl
Twitter www.twitter.com/stahl_online
Facebook www.facebook.com/stahlonline